vinetur

Deutsche Brauer legen Lobbygespräche mit Berlin über sinkenden Bierkonsum offen

Eine Eintragung im Bundestag sagt, die Branche habe das Wachstum alkoholfreier Biere neben dem Jugendschutz in politischen Gesprächen thematisiert.

Mittwoch, 23. September 2026



Die deutsche Brauwirtschaft hat sinkenden Bierkonsum, den Ausbau alkoholfreier Biere und Maßnahmen zur Alkoholprävention in den Mittelpunkt ihrer Kontakte mit der Bundesregierung gestellt, wie aus einer neuen Eintragung im Lobbyregister des Deutschen Bundestags hervorgeht.

Der Eintrag wurde vom Deutschen Brauer-Bund eingereicht und am 23. Sept. im öffentlichen Register veröffentlicht, das zur Offenlegung von Lobbytätigkeiten gegenüber Bundesinstitutionen dient. Das Thema ist unter der Überschrift „Marktentwicklung der Brauwirtschaft und Präventionsaktivitäten des Deutschen Brauer-Bundes“ aufgeführt.

In seiner Beschreibung erklärte der Verband, er stehe mit Vertretern der Bundesregierung im Dialog über die aktuelle Lage der deutschen Brauwirtschaft, den rückläufigen Bierkonsum, das Wachstum alkoholfreier Biere und die Präventionsarbeit des Verbands. Diese Präventionsaktivitäten konzentrierten sich auf den Jugendschutz und die Botschaft, dass in der Schwangerschaft kein Alkohol getrunken werden sollte.

Die Registereintragung ordnet das Thema zwei betroffenen Bereichen zu: der Lebensmittel- und Konsumgüterindustrie sowie einer breiteren Gesundheitskategorie. Diese Zuordnung ist bemerkenswert, weil sie zeigt, dass die Brauervereinigung das Thema nicht nur als Markfrage, sondern auch als Frage der öffentlichen Gesundheit und Prävention darstellt.

Das Bundestagsregister stellt außerdem klar, dass der Inhalt solcher Einträge ausschließlich auf den Angaben der Interessenvertreter selbst beruht. In diesem Fall beschreibt die Einreichung weder einen konkreten Gesetzentwurf noch einen Verordnungsentwurf oder eine formelle Gesetzesänderung, die angestrebt wird. Stattdessen wird das Thema als Austausch mit der Regierung über die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Brauwesen und über Präventionskampagnen im Zusammenhang mit Alkoholkonsum dargestellt.

Gleichwohl vermittelt die Einreichung ein klares Bild der Themen, die die Branche den politischen Entscheidungsträgern zu einem Zeitpunkt vorlegen will, an dem sich die Nachfrage der Verbraucher offenbar verschiebt. Der Verweis auf den rückläufigen Bierkonsum deutet auf Druck auf den traditionellen Kern des Marktes hin. Zugleich zeigt die konkrete Nennung des Wachstums bei alkoholfreiem Bier, wo der Verband Dynamik sieht.

Diese Kombination ist nicht nur für Brauereien relevant. Für die gesamte Getränkeindustrie signalisiert die Einreichung, dass öffentliche politische Debatten zunehmend Präventionsziele mit dem kommerziellen Aufstieg risikoärmerer oder alkoholfreier Produkte verknüpfen könnten. Das könnte beeinflussen, wie Unternehmen in den Bereichen Bier und andere Getränkekategorien über Produktportfolios, Marketing und künftige Investitionen nachdenken. Es könnte auch die Nachfrage nach unterschiedlichen Verpackungsformaten und der Platzierung im Handel prägen, wenn alkoholfreie Produkte in der politischen und Verbraucher-Debatte weiter an Sichtbarkeit gewinnen.

Auch die in der Einreichung genannten Präventionsthemen sind bedeutsam. Der Jugendschutz ist seit langem ein zentrales Thema der Alkoholpolitik, und Botschaften zum Verzicht auf Alkohol in der Schwangerschaft sind ein etabliertes öffentliches Gesundheitsanliegen. Indem der Verband diese Themen mit der Marktentwicklung der Brauwirtschaft verknüpft, zeigt er, dass er Verbrauchstrends und Fragen der sozialen Verantwortung in derselben politischen Debatte adressiert.

Der Eintrag enthält keine Details dazu, welche Bundesministerien oder Amtsträger an dem Austausch beteiligt waren, und auch keinen Zeitplan für mögliche nächste Schritte. Er sagt ebenfalls nicht, ob die Gespräche mit geplanten Änderungen bei Werbung, Kennzeichnung, Besteuerung, Gesundheitskampagnen oder anderen regulatorischen Maßnahmen verbunden sind. Die Einreichung beschränkt sich auf die breit gefassten Themen, die erörtert werden.

Dennoch ist die Veröffentlichung wichtig, weil sie die aktuellen Prioritäten der Branche in Berlin dokumentiert. Sie zeigt, dass der Deutsche Brauer-Bund das formelle Transparenzsystem nutzt, um offenzulegen, dass er mit der Bundesregierung über den Druck auf Brauereien, die mit alkoholfreiem Bier verbundenen Chancen und die Rolle der Präventionsarbeit in dieser Debatte spricht.

Die Einreichung stammt aus einem Sektor, der auf veränderte Konsummuster reagieren und zugleich in politischen Debatten aktiv bleiben will, die sowohl Wirtschaft als auch Gesundheit betreffen. Dem Wortlaut im Register zufolge möchte der Verband diese beiden Stränge gemeinsam betrachtet wissen: die wirtschaftliche Realität des sinkenden Bierkonsums und die öffentlichen Gesundheitsfragen, die prägen, wie über

Alkohol von Regierung, Industrie und Verbrauchern gesprochen wird.